

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1908. Nr. 530. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 201.

Abonnement für Halle u. Umkreis 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk., für das Vierteljahr 0,75 Mk., für die halbe Zeit 1,25 Mk., für die ganze Zeit 2,50 Mk. Einzelhefte 10 Pf. (Postzusatz 1 Pf.)
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, hinterhaus.
Telephon 158; Telephon-Telephon 1272. Eing. Nr. 2744/08. Postamt Halle a. S. 10. 1908. 10. 1908. 10. 1908.

Zweite Ausgabe
Dienstag, 10. November 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14.
Telephon Amt 71 Str. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Schöbe in Halle a. S.

Deutschland und Frankreich.

Die Nord. Allg. Ztg. schreibt: Durch den Staatssekretär in Schwon nach Ende Oktober dem französischen Volschaffer in Berlin, Cambon, eine athenmäßige Darstellung der Vorgänge bei der Festnahme der Delegation in Casablanca übergeben und dabei die Bitte ausgesprochen worden, daß der französischen Regierung auch eine französische Darstellung der Vorgänge in Casablanca übermittelte werden möge. Am Sonntag ist nunmehr dem Auswärtigen Amt das französische Material in Gestalt eines Berichtes des Polizeikommissars Dord in Casablanca zugegangen. Aus diesem Bericht ergeben sich hinsichtlich der Vorgänge bei dem Zwischenfall eine Reihe von wesentlichen Abweichungen von der deutschen Darstellung der französischen Vorgänge. Die französischen Aussagen gehen dahin, daß mit dem Tötungsfall von dem Konsulatskolon und von dem Konsulatssekretär begonnen worden sei; weiter wird angegeben, daß der Beamte des deutschen Konsulats die Delegation gegenüber dem französischen Marinekolon als seine Landeute bezeichnet und ihren Charakter als Delegation ausdrücklich verneint habe. Auch wurde es nach dem französischen Bericht angestrichelt, daß die französischen Soldaten schon im Beginn des Zusammenstoßes klar darüber gewesen sind, daß sie Angehörige des deutschen Konsulats vor sich hätten. Ferner sollen gegen den französischen Beamten von französischer Seite überhaupt keinerlei Anschuldigungen und Tätschlichkeiten statgefunden haben. Die beiderseitigen Darstellungen des Zwischenfalles stimmen überein so weit überein, daß der tatsächliche Vorgang weiterer Klärung bedarf durch erneute Erhebungen, sei es der beiderseitigen Behörden, sei es eines Schiedsgerichts.

Zu der französischen Darstellung des Zwischenfalles in Casablanca bemerkt die „Kölnische Zeitung“: Da die amtliche französische Darstellung erst jetzt zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangt ist, konnte sie auch bisher nicht berücksichtigt werden. Aus dem Vergleich der deutschen und französischen Berichte ergeben sich die härtesten Widersprüche, und es ist den Franzosen das Recht zugesprochen, daß sie bis zum Augenblicke der Veröffentlichung der Angaben ihrer Leute für richtig halten, ebenso wie wir das bei den unsrigen tun. Nach der bisherigen tiefsten Auffassung war man wohl auf widersprechende Nachforschungen gefaßt, nicht aber, oder doch nicht in solchem Grade auf völlig abweichende Berichte über die Tatfrage. Sobald auch diese in so hohem Grade kritisch sind, daß auch über sie eine Einigung durch weitere französisch-deutsche Verhandlungen nicht zu erwarten ist, so wird auch die deutsche Regierung den bisher eingenommenen Standpunkt nicht weiter verlassen können, und es ist anzunehmen, daß sie bei jeder geänderten Lage keine Bedenken tragen wird, den ganzen Handel nicht nur in Bezug auf die Tatfrage, sondern auch in Bezug auf die Tatfrage einem Schiedsgericht zu überweisen.

Der „Matin“ veröffentlicht betreffs des Zwischenfalles von Casablanca eine Erklärung des deutschen Volschaffers in Paris, Fürsten Adolin, in der es heißt: „Sie haben gleich mir die verständliche Richtung der öffentlichen Meinung der beiden Länder gesehen. Angesichts dieser verständlichen Gesühle kann man schwer annehmen, daß man nicht zu einer beide Mächte befriedigenden und deren Interessen wahren Lösung gelangen sollte.“

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Casablanca, General Dorn habe die Mühsal zu haben, Schwierigkeiten zu machen und eventuell den friedlichen Absichten der eigenen Regierung entgegen zu arbeiten. Der General soll erklärt haben, er wolle unter keinen Umständen irgend einen Ausdruck seines Behaltens gegenüber dem deutschen Konsulatskolon tun. Weiter wolle er Maroff verlassen, als ein solches Opfer bringen. Die französischen Offiziere unterliegen diesen Standpunkt und erklären, sie würden, falls der Ausgang der Kontroverse ihnen nicht zuzugut, ihre Unzufriedenheit demonstrieren an den Tag legen.

Nach einer Meldung aus Paris hat der nationalpolitische Senator Gaudin de Villaine für heute, Dienstag, eine Anfrage an den französischen Senat über die Casablancalagelegenheit angehängt.

schäferposten in Washington geht der bisherige diplomatische Agent und Generalkonsul in Kairo, Graf von Bernstorff, als dessen Nachfolger der bereitete Volschaffter in Washington Graf v. Jagdell: Wildenburg in Aussicht genommen ist.

Zur Lage auf dem Balkan.

Die bulgarische Regierung hat am Montag die Entlassung des ältesten Jahrgangs aller Waffenkategorien verfügt, der jetzt seine Dienstzeit beendet hat. Der Grund zu dieser Verfügung liegt einerseits darin, daß die Regierung neuerlich ihre Friedensliebe befehlen will, andererseits in Sparmaßregeln. Montag nachmittag bieten die bulgarischen und türkischen Delegierten ihre letzte Sitzung ab, in welcher auch der Direktor der Orientbahnen, Groß, anwesend war. Dieser erklärte, über die Interessen der Orientbahnen nicht durch die Kämpfe, sondern nur durch mit Bulgarien verhandeln zu wollen und schloß sich hierbei auf ein hierauf bezügliches früheres Verlangen Bulgariens.

Wäthermeldungen zufolge findet die Eröffnung des türkischen Parlaments am 28. Nov. statt. Der Kaiser von Serbien empfing am Montag eine Delegation der Bosnien- und Herzegovina und darauf eine Delegation des Gemeinderats von Serajewo. Die hierbei gehaltenen Reden des Kaisers wurden mit begeisterten Zuträgen aufgenommen.

Deutsches Reich.

* Der Bundesratsausschuss. Die in München erscheinende „Korrespondenz“ schreibt: Wie wir vernehmen, wird der Ausschuss des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten am Donnerstag, den 12. November, zusammentreten. Staatsminister Behr v. Bodewits wird sich hierzu nach Berlin begeben.

* Das neue Kaiserinterview. Aus New-York wird gemeldet: Die Monatschrift „Century Magazine“ erklärt, daß ein Artikel über den deutschen Kaiser aus der Feder von William Howard Hale vom Autor zurückgezogen wurde, da er der Überzeugung ist, daß es in Anbetracht der Ereignisse der jüngsten Tage unpassend für ihn wäre, ihn zu veröffentlichen.

* Der Besuch des Kaisers in Oesterreich. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer „Wochen-Ausgabe“: Der Besuch Sr. Majestät des Kaisers und Königs beim Erzherzog Franz Ferdinand auf Schloss Eckartsau sowie die Begleitung inoffizieller Herrscher mit Sr. Majestät dem Kaiser und König Franz Josef in Schönbrunn haben einen Verlauf genommen, der neues Zeugnis ablegt für die innige Freundschaft, die unter dem Kaiser und mit dem ehrwürdigen Monarchen auf dem Thron der Habsburger und mit dem Erzherzog Franz Ferdinand verflochten. Die Tage von Schönbrunn und Eckartsau haben erneut die Freundschaft der zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn bestehenden Bundesgenossenschaft bekräftigt, die in ihrem am Menschenleben währenden Bestehen sich als Ausdruck bleibender, grundlegender Interessengemeinschaft erwiesen hat und die Gewähr für ungemindert fortwährend in der Zukunft in sich trägt.

* Der Kaiser in Donauessingen. Seine Majestät der Kaiser fuhr am Montag von der Jagd gegen 5 Uhr nachmittags zurück.

* Todesfall. General Otto von Strubberg, früherer Generalinspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, ist in Berlin im Alter von 87 Jahren gestorben.

* Die Redaktionskommission der Reichserziehungskonferenz hat ihre Tätigkeit mit vielen arbeitsreichen Sitzungen beendet und wird am kommenden Mittwoch der Vollkommission im Entwurf einen neuen revidierten Text der Berner Konvention zur Prüfung vorlegen.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung vom 9. November, 2 Uhr.
Am Bundesratspräsidenten v. Weismann-Vollweg, v. Arnim.
Das Weingeistgesetz.

Die erste Lesung des Entwurfs eines Weingeistgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Berner (D. Reichst.): Am Sonntag hat mir der freisinnige Doormann Besuchen gegen die Vorlage erboten. In Bremen und Hamburg gibt es viele Heibelbeeren, und Heidelberg mag ein angenehmes Getränk sein, aber niemand will Heibelbeeren für Rhein oder Moselwein trinken. Was die geistliche Bewegung der Forderung betrifft, so bin ich für den 31. Dezember und gegen den 31. Januar. Die Verfertigung der Kellerkontrolle begünstigen wir, ihre Notwendigkeit ist durch den Hof-Sektorius zu geringe erwiesen. Im Zukunft muß wieder gelten: im Wein liegt Wahrheit ganz allein.

Abg. Wendt (kon.): Den Ausführungen meines Freundes Dr. Wölke kann ich nicht in allen Punkten zustimmen. In der Weingeist-Konferenz kam es zu keiner Entscheidung. Der Weinbau ist bei uns zu erben, wenn er im Nebenberuf gesehen kann. Uns ist es schon schwer geworden, den Anforderungen des Gesetzes von 1902 gerecht zu werden. Gegen eine Verschärfung der Strafbestimmungen haben wir nichts einzuwenden.

wenden. Bei unserem 750jährigen Jubiläum hatten wir den preussischen Landwirtschaftsminister bei uns zu Gast und seitdem erfreuen wir uns seiner lastfähigen Förderung. Umsonst würden wir es bedauern, wenn man die Reichsregierung aus Schwierigkeiten machte, die eine Gegenwirkung ausüben könnten. Die neuen Bestimmungen über die Zuckerung können wir nicht aufheben. Gewiß kann die Zuckerung nur ein Nebenprodukt sein, aber der junge Wein muß doch die nötige Zeit haben. Auch die umfangreiche Kontrolle können wir unseren kleinen Winzern nicht zumuten. Ich hoffe, die Kommissionsberatung wird den örtlichen Verhältnissen die gebührende Rücksicht schenken. (Beifall rechts.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Die Forderungen der Winzer sind schon wegen der ungenügenden eingetragenen Gebührenterung berechtigt. Die Rentabilität des Weinbaus ist zurückgegangen. Die Ertritte im Weinberg sind allgemain. Die Weinbaufläche hat nicht wesentlich zugenommen, aber die Bevölkerung ist um 20 Millionen seit 1880 gestiegen. Die Weinproduktion hat auch stark zugenommen, aber dabei steigt vieles von dem Preis des Weins, was nicht Weizen ist. Die Weinsteuer ist von agrarischer Seite angegriffen worden. Im Jahre 1906 hat Abg. Graf König die Weinsteuer empfohlen und ihren Ertrag auf 50 Millionen veranschlagt. Die Vorlage kann eine Verringerung der jetzigen Verhältnisse bringen.

Abg. König (fr. Wp.): Wenn die Verhandlungen diesmal unglücklicher verlaufen sind, so liegt es daran, daß der öffentliche Kritik im Frühjahr ein Vorentwurf unterbreitet worden ist; so sollte man stets vorgehen. Die widerstreitenden Interessen zwischen Pfalz und Mosel sind in der Beratung wieder hervorgerufen. Das Prinzip, auf dem die Zuckerung beruht, sollte für gerechtfertigt. Aber die Zuckerung darf nicht wieder werden. Erst der Weinhandel hat den deutschen Wein zur Geltung gebracht. Wenn der Händler einen Wein nicht durch Verzicht auf einen geeigneten Namen in den Handel bringen kann (Süß- oder Süßwein), so leidet mit dem Handel auch der Winzer. Die Strafbestimmungen müssen klarer gefaßt werden. Gegen Kaufschleichungen muß der Weinhandel Einpruch erheben.

Abg. Walfenborn (Ztr.) eröffnet von der Vorlage eine Willkür des Winzerverbandes.

Abg. Ogen (natl.) eröffnet vom Entwurf gleichfalls Verurteilung des Winzerverbandes.

Abg. Wölke (natl.) bemerkt, daß die Vorlage gegen die Bestimmungen des Reichsanwalts des wegen Weinpfeilscherei verurteilten früheren Reichsanwalts Hr. Sartorius. In den Worten, mit denen Kaiser Sartorius seine Weine getraut habe, sei viele Sprache geleitet.

Abg. Dr. Wölke-Sachsenhausen (kon.) stellt gegenüber dem Abg. Wölke fest, er sei niemals für eine Weinsteuer gewesen und werde wahrscheinlich auch niemals für eine solche Steuer sein.

Abg. Wölke (Ztr.) fordert die Deklarationspflicht für Verzicht von Rot- und Weißwein. Die Kontrolle muß namentlich auch in Berlin ausgedehnt werden.

Abg. Wölke (natl.) bemerkt namentlich die veränderte Kontrolle. Abg. Dr. Wölke (natl.) wünscht baldige Verabschiedung des Entwurfs.

Die Erörterung schließt. Der Entwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Verabschiedung für Schlachthöfe.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage über die Preisfeststellung beim Wapthall mit Schlachthöfen.

Abg. Wölke (natl.) v. Weismann-Vollweg: Nach dieser Gegenstand hat den Reichstag wiederholt beschäftigt. Die Allgemeinheit muß in klarer und zuverlässiger Weise über die Durchführbarkeit des Schlachthöfe unterrichtet sein. Die Notierung der Preise nach Schlachthöfen ist kein zuverlässiger Maßstab. Einheitliche Bestimmungen für das ganze Reich würden den örtlichen Verhältnissen nicht angepaßt werden. Darum bestimmt die Vorlage, daß die Landesregierungen die geeigneten Verfügungen treffen.

Abg. Dr. Wölke (kon.): Die Vorlage entspricht durchaus den von uns wiederholt geäußerten Wünschen. Sie bringt nicht den Jwanig für einen bestimmten Handel, sondern nur die Form dem Notierung für geteilt werden. Ich kann nicht zugeben, daß der Entwurf Erfordernisse bringt. Wir halten Kommissionsberatung nicht für notwendig. (Beifall.)

Abg. Weismann (Soz.): Die Begründung der Vorlage ist ein Zitat des Landesökonomienkollegiums. Der Entwurf muß zur Zänkung des Publikums führen. Man will die Folgen der agrarischen Gesetzgebung verstehen. (Wohlwollen und Beifall.) Man bestreite lieber die Lebensmittelpreise, als die Verwertung an die Viehschlachtkommission.

Abg. Weismann (Ztr.): Die Vorlage kann die Folgen der bisherigen Gesetzgebung nicht ändern, sondern sie nur feststellen. (Wohlwollen.) Sie ist durchaus zu begrüßen. Die Preisnotierung nach Lebensmittelpreisen ist zweckmäßig. Wir sind gegen Kommissionsberatung.

Abg. Wölke (fr. Wp.): Das Interesse des Anwohnenden besteht sich auch hier mit dem des Heidebesizers. Beide wollen die Preise nach Schlachthöfen wissen. Auch bei Notierungen nach Lebensmittelpreisen können die Umstellungen nicht herum. Lassen Sie sich die Notierung nach Schlachthöfen nicht weiter zu. Abg. Wölke (natl.) v. Weismann-Vollweg: Die Vorlage ist in Zukunft der Landwirte hinsichtlich und das Vieh füttern, bis es die und fett ist. (Beifall.) Gegen die Vorlage hätte ich nichts, wenn die Landwirte ihr Vieh noch füttern wie früher. Nicht füttern sie es aber nur noch mit künstlichem Dünger. (Wohlwollen.) Zum mindesten sollte künftig das Lebensmittelpreisnoten (Beifall.)

Dienstag, Interpellationen.
Schluß nach 6 Uhr.

Veränderungen in den Posten der deutschen diplomatischen Missionen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, sind in der Ablegung der Posten der diplomatischen Missionen einige Veränderungen eingetreten. Nach Nachfolger des in den Ruhestand versetzten Grafen v. Bernstorff ist der bisherige Gesandte in Athen, Graf v. Tattenbach, ernannt, der in Berlin durch den derzeitigen Gesandten in Belgrad, Graf v. Bernstorff, in Wien von Paris, von Gera, erhalt wird. Dem Gesandtenposten in Belgrad hat der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro, v. Wilschauer, benannt in Rio der bisherige Gesandte in Athen, Graf v. Tattenbach, erhalten, während nach Athen der jetzt vertretungsweise in Tanger tätig gewesene derzeitige Gesandte in Mexiko Freiherr v. Wangenheim berufen und der Posten in Mexiko dem bisherigen Generalkonsul in New-York Graf v. Legationstrat v. Wilschauer übertragen ist. Auf den durch den Tod des Grafen v. Sternburg frei gewordenen Posten in Mexiko ist Graf v. Sternburg frei gewordenen Posten in Mexiko.

